




Kosten der Stromerzeugung senken und nicht umverteilen

Kosten der Stromerzeugung senken und nicht umverteilen
EEG ist mittlerweile zu einer Gelddruckmaschine geworden
Die SPD fordert, die Stromsteuer zu senken und das zusätzliche Mehrwertsteueraufkommen, das sich aus der steigenden Umlage für die erneuerbaren Energien ergibt, an die Stromverbraucher zurückzugeben. Auf diese Weise sollen die Stromverbraucher entlastet werden. Hierzu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs:
"Die Vorschläge der SPD können allenfalls die schlimmsten Symptome, nicht aber die Ursachen für die steigenden Strompreise bekämpfen. Damit kommt der "Patient Strompreis" nicht aus der Intensivstation und der dringend notwendige Reformdruck auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) lässt nach! Nicht Strom- und Mehrwertsteuer sind die Hauptkostentreiber, sondern die Förderung der erneuerbaren Energien. Solange jeder Anlagenbetreiber für 20 Jahre eine feste Einspeisevergütung erhält, auch wenn niemand seinen Strom braucht, wird sich daran nichts ändern.
Bundesumweltminister Altmaier hat Recht, wenn er mit seinen Vorschlägen die Erzeuger erneuerbaren Stroms mit in die finanzielle Verantwortung nehmen will. Nur so lässt sich das Problem an der Wurzel packen. Das EEG ist mittlerweile zu einer Gelddruckmaschine geworden. Laut Bundesumweltministerium belaufen sich allein die zugesagten Einspeisevergütungen bis 2020 auf 150 bis 170 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Für Bildung und Forschung sind im diesjährigen Haushalt 13,7 Milliarden Euro vorgesehen. Ein besonders krasses Beispiel ist die Solarförderung. Rund 50 Prozent der EEG-Förderung gehen auf ihr Konto. Erzeugt werden damit im "Sonnenland" Deutschland gerade einmal 5 Prozent des Strombedarfs, und das in völlig ungesicherter Form.
Die von Bundesumweltminister Altmaier gemachten Vorschläge allein werden aber nicht ausreichen, um die Kosten wirksam zu begrenzen. Sie berücksichtigen zudem nicht die Auswirkungen der Kosten des Netzausbaus auf die Strompreise. Die Vorschläge sollten deshalb um folgende Maßnahmen ergänzt werden:
Jede EEG-Anlage wird verpflichtet werden, mindestens 10 Prozent des Stroms als gesicherte Leistung einzuspeisen. Der Prozentsatz steigt mit jedem Jahr an.
Die EEG-Vergütung fließt erst dann, wenn die Anlage an das Netz angeschlossen wird. So entstehen Anreize, Anlagen- und Netzausbau besser miteinander zu synchronisieren.
Die Ausnahmen für die Industrie dürfen nur für die Unternehmen begrenzt werden, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Im Unterschied zu den Einschnitten beim EEG, führt diese Maßnahme nicht zu einer Senkung der EEG-Kosten insgesamt, sondern lediglich zu einer Umverteilung. Die volkswirtschaftlichen Belastungen der EEG-Förderung sinken um keinen Cent. Im Gegenteil: Das bei der EEG-Umlage eingesparte Geld schlägt sich in höheren Dienstleistungs- und Produktpreisen nieder und landet so wieder beim Verbraucher.
Es ist das Verdienst von Bundesumweltminister Altmaier, mit seinen Vorschlägen erste Schritte in Richtung einer kausalen Behandlung des "Strompreis-Patienten" gemacht zu haben. Weitere werden folgen müssen."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. Die Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.